



Foto: Pixelio/Kunze

Strom und Gas in die Hand der Kommunen

Bundesweit steht die Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze auf der Tagesordnung. Städte wie Dresden haben diesen Schritt bereits getan, in Stuttgart wird das ebenso diskutiert wie in Bremen, Berlin oder Hamburg. Im Juni geht in Hamburg gegen die allein regierende SPD ein Volksbegehren an den Start, das sicher bundesweite Bedeutung haben wird. Immerhin ist es neben Berlin das größte Energienetz der Republik.

Hamburgs Energienetze in die öffentliche Hand – aber richtig!

Bereits im letzten Jahr hatte die Volksinitiative „Unser Hamburg Unser Netz“ den Aufschlag für eine vollständige Übernahme der Strom- und Fernwärme-Netze (von Vattenfall) und des Gas-Netzes (von E.ON) gemacht. In nur sechs Wochen unterschrieben statt der erforderlichen 10.000 satte 18.000 HamburgerInnen. Damit war diese Volksinitiative die schnellste, die es je in Hamburg gegeben hat.

Nach Anhörungen im Umwelt- und Rechtsausschuss der Bürgerschaft, in denen sich die geladenen Experten mehrheitlich für das Anliegen der Volksinitiative aussprachen, stockte das Verfahren allerdings, weil die Grünen die Koalition mit der CDU in Hamburg beendeten und damit Neuwahlen erforderlich wurden. Ende Dezember lehnte die Bürgerschaft durch Nicht-Behandlung das Anliegen der Volksinitiative ab. Ende Januar meldeten die Initiatoren von ROBIN WOOD, dem BUND, der Kirche, der Verbraucherzentrale, Attac, der Moorburgtrasse-Stopp-Initiative und viele andere mehr das Volksbegehren für Hamburg an. (HelferInnen werden dringend gesucht! Siehe Seite 24 unten).

Im Wahlkampf hatte sich die SPD darauf festgelegt, mit einem Mindestanteil von lediglich 25,1 Prozent einen „strategischen Anteil“ an den Netzen zu übernehmen. Sie will mit Vattenfall und E.ON als Partner die Netze betreiben.

Ausdrücklich stellt die SPD auch fest, dass dies in der Unternehmensform einer Aktiengesellschaft geschehen soll.

Mehr Demokratie und Transparenz gefordert

Die Kritik aus Reihen der Organisatoren des Volksbegehrens gegen die SPD-Linie ist klar: Mit einem Anteil von nur 25,1 Prozent würde die Stadt bestenfalls ein Veto-Recht erhalten, die reale Gestaltungsmacht bliebe bei Vattenfall und E.ON. Damit würden die Interessen der Atom- und Kohlekonzerne weiterhin die Oberhand behalten und eine Bremse für die Anpassung der Netze an die dezentralen Erneuerbaren Energien sein.

Auf der Anhörung über die Volksinitiative im Umweltausschuss der Bürgerschaft waren sich die geladenen Experten einig, dass zur Steuerung der Energienetze mindestens eine Mehrheit für die Stadt erforderlich ist. Die Position

der SPD in Hamburg, die Netze auch künftig in einer Aktiengesellschaft zu betreiben, steht auch gegen die Forderung nach mehr Demokratie und Transparenz für die HamburgerInnen. Dafür ist die AG die schlechteste Unternehmensform. Vorstände einer AG sind sehr unabhängig gegenüber direkten Eingriffen durch die Aktionäre und damit kaum steuerbar. Hinzu kommt: Der sogenannte „Shareholder Value“, also die maximale kurzfristige Gewinnerzielung, steht bei Aktiengesellschaften wie Vattenfall und E.ON im Vordergrund.

Immer wieder wird betont, dass der vollständige Rückkauf der Netze die

Kassen der Stadt zu sehr belasten würde. Die Energiekonzerne nennen Beträge zwischen 1,5 bis 3 Mrd. Euro. Nach dem Rückkauf der Netze durch die Stadt würden die Konzerne eine wichtige Einnahmequelle und ein wichtiges strategisches Steuerungsinstrument in der Energiepolitik verlieren. Deshalb rechnen sie die Kosten hoch.

Was kostet der Klimaschutz?

Wie teuer die Netze tatsächlich sind, ist heute nicht wirklich zu sagen. Vattenfall sperrt sich, konkrete Daten und Zahlen auf den Tisch zu legen. Ein Gutachten über den Wert der Gasnetze von E.ON

liegt der Umweltbehörde zwar vor, wird aber unter Verschluss gehalten. Klar ist aber: Mit den Netzen lässt sich Geld verdienen, deshalb wollen E.ON und Vattenfall sie nicht hergeben. Angesichts klarer Renditeerwartungen aus dem Netzbetrieb lässt sich laut zahlreicher Experten nicht nur im Rahmen der Anhörungen in der Bürgerschaft, sondern auch beim Verband Kommunaler Unternehmen der Kauf der Netze gut finanzieren.

*Dirk Seifert, Energiereferent von
ROBIN WOOD in Hamburg.
www.robinwood.de/Unser-Hamburg-Unser-Netz.522.0.html*

Daseinsvorsorge statt Profit

Die Volksinitiative Unser Hamburg Unser Netz will in Hamburg die Energienetze für Strom, Fernwärme und Gas zurück in die öffentliche Hand holen. Noch gehören diese Netze den Atomkonzernen E.ON und Vattenfall. Die Netze sind für die dezentrale Energiewende von großer Bedeutung, und damit ist entscheidend, wer über sie verfügt. Die Evangelische Kirche in Hamburg beteiligt sich maßgeblich an dieser Initiative und gehört zu den Vertrauenspersonen.

Kirche und Rekommunalisierung

Es ist ja nicht ganz üblich, dass die Evangelische Kirche sich an Initiativen beteiligt, die ein so konkretes kommunal- oder energiepolitisches Interesse vertreten wie die Initiative zur Rekommunalisierung der Energienetze in Hamburg. Sie tut es hier, weil aus kirchlicher Sicht die Frage der Organisation der Energieversorgung die öffentlich wahrzunehmende Aufgabe der Daseinsvorsorge tangiert. Die Daseinsvorsorge hat nach einschlägigen Debatten der Fünfziger,

Sechziger und Siebziger Jahre Eingang gefunden in mehrere Landes- und Kommunalverfassungen. Letztlich wird politisch damit zum Ausdruck gebracht, dass die Daseinsvorsorge als Grundprinzip der Sozialstaatlichkeit dafür sorgen soll, dass Bürgerinnen und Bürger voraussetzungslos am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das bedeutet nichts Anderes, als den Artikel 1 des Grundgesetzes angemessen umzusetzen.

Traditionell werden mit der Daseinsvorsorge die Begriffe Bildung, Gesundheit und soziale Grundsicherung verbunden, in den letzten Jahren zunehmend auch der ungehinderte Zugang zu Wasser, die Abfallentsorgung, der Zugang zu Telekommunikation, zu Finanz- und Postdienstleistungen, zu Kultur, aber eben auch der ungehinderte Zugang zu Energie. Ein Kriterium für diesen Teil der Daseinsvorsorge ist zum Beispiel die

Am 20.08.10 konnte die Volksinitiative, „Unser Hamburg Unser Netz“ dem Senat 17.726 Unterschriften überreichen. Im Juni 2011 folgt jetzt das Volksbegehren. Machen Sie mit!



Foto: unser-netz-hamburg.de

Kontinuität der Dienstleistung und zwar in einem längeren, mittelfristigen Sinne. Ein anderes ist die Versorgungssicherheit und die Frage, ob unterschiedslos und diskriminierungsfrei alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zu den Leistungen haben. Ein weiteres ist die Gleichheit des Angebots bezüglich Qualität und Quantität sowie der Verbraucherschutz und ein erschwinglicher Preis. Dabei ist klar, dass diese Kriterien mit den Interessen kommerziell ausgerichteter Unternehmen kollidieren können oder sogar müssen.

An dieser Stelle nur ein kurzer Blick auf kirchliche und biblische Traditionen: Die Frage, wie mit natürlichen Ressourcen gerecht (was den Gedanken der Nachhaltigkeit beinhaltet) umgegangen werden kann, ist eines der Themen, die sich wie ein roter Faden durch die Bibel zieht. Die Frage, was Eigentum und Besitz gerade in seiner unterschiedlichen Bedeutung

ausmachen, ist in der historischen Bewertung der Gesellschaft und der handelnden Personen immer wieder ein zentraler Punkt. Richter, Könige, Großgrundbesitzer werden danach beurteilt, ob sie mit den ihnen anvertrauten Gütern so umgehen, dass sie als Lebensgrundlage für alle Teile der Gesellschaft dienen. Insbesondere die Propheten interpretieren den Aufstieg bzw. den Untergang von Gesellschaften danach, ob Daseinsvorsorge als zentrale Aufgabe staatlicher Organisation und Maßstab individuellen Handelns verstanden und geltend gemacht wurde. Deshalb bringen sich die Kirchen genau an diesem Punkt in die gesellschaftliche Debatte ein – und sie tun es weltweit, in besonderer Weise dort, wo sie sich auch als Stimme der Armen und Entrechteten verstehen und organisieren.

Etliche Studien zeigen sehr eindrücklich, dass die meisten der mit der Privatisie-

rungswelle vor 20 Jahren ausgewiesenen Ziele nicht erreicht wurden: Der Wettbewerb ist nicht befördert worden, die Preise sind nicht gesunken und die Versorgungssicherheit hat nachgelassen. Auch soziale Aspekte spielen hier eine große Rolle. Im Jahre 2008 sind 15.000 Bürgerinnen und Bürger in Hamburg vom Strom abgeknipst worden, weil sie die Stromrechnung nicht zahlen konnten. Es wird auch hier deutlich, dass nur vermögende Bürger sich einen Staat leisten können, der sich aus der sozialen und mitunter unternehmerischen Verantwortung zurückzieht. Um der Daseinsvorsorge Willen macht es also Sinn, dass sich die öffentliche Hand die Möglichkeit der Verfügungsgewalt und der Planungsherrschaft auch über die Energienetze zurückholt. Deshalb wird das Anliegen der Initiative, jetzt einen Fuß in die Tür notwendiger Entscheidungen zu stellen, auch kirchlich unterstützt.

Theo Christiansen, Diakonie u. Bildung Ev.-Luth. Kirchenkreis HH-Ost



Mitmachen! Volksbegehren - Unser Hamburg Unser Netz

Die seit Februar in Hamburg wieder regierende SPD will nur einen Anteil von 25 Prozent der Netze übernehmen und diese in einer Aktiengesellschaft gemeinsam mit E.ON und Vattenfall betreiben. Einem breiten Bündnis von ROBIN WOOD und BUND, der Verbraucherzentrale, zahlreichen Initiativen, Mietervereinen, Attac, dem Bund der Steuerzahler und der Kirche reicht das nicht aus: „Unser Hamburg Unser Netz“ will 100 Prozent. Deshalb kommt es in Hamburg zu einem Volksbegehren. In nur drei Wochen, vom 2. bis 22. Juni, müssen mindestens 75.000 Hamburgerinnen und Hamburger unterschreiben. Das schaffen wir nur, wenn im Juni Hunderte Leute unterwegs sind und

aktiv Unterschriften sammeln – auf der Straße, bei Veranstaltungen und im Bekanntenkreis.

Bitte hilf uns, das Volksbegehren zu gewinnen: Nimm dir im Juni etwas Zeit für die Energiewende, trage Dich jetzt schon auf unserer Homepage als MitsammlerIn ein: www.unser-netz-hamburg.de/mitmachen.

Aktivurlaub für die Energiewende: Auch wenn du nicht in Hamburg wohnst, laden wir dich herzlich zum Mitsammeln ein. Komm für einige Tage, eine Woche oder die ganze Zeit in unser Sammelurlauber-Camp in Hamburg. Wir sorgen für Unterkunft und Verpflegung

und zeigen dir die besten Plätze zum Unterschriftensammeln. Ein Erfolg dieses Volksbegehrens wird auch bundesweit für Aufmerksamkeit sorgen, denn in vielen Städten und Kommunen laufen die Konzessionsverträge für die Strom- und Gasnetze aus.

Wenn wir jetzt nicht handeln, bleiben die Energienetze für weitere 20 Jahre bei E.ON und Vattenfall! Deshalb gehen wir den Weg der direkten Demokratie: Mit jeder Unterschrift gehören uns die Netze ein Stück mehr!

Wiebke Hansen, Kontakt: wiebke.hansen@unser-netz-hamburg.de, Infos: www.unser-netz-hamburg.de



Foto: Pixelio/Bildergott

Die Sache mit den Stromnetzen

Es gibt wieder etwas Neues. Vor einigen Jahren sagte uns die Stromindustrie noch, es sei technisch unmöglich in nennenswerten Mengen Energie aus erneuerbaren Quellen bereitzustellen. Dann hieß es, die damit verbundenen Kosten seien unbezahlbar. Nachdem mittlerweile klar ist, dass beides nicht stimmt, müssen nun angeblich Milliarden und Abermilliarden in den Netzausbau gesteckt werden, damit die regenerativen Energien zu den Verbrauchern gelangen können. Von sechs Milliarden Euro oder gar noch mehr ist die Rede – wer soll das bezahlen?

Damit nicht genug – Ökostrom muss auch gespeichert werden. Nachts scheint bekanntlich keine Sonne und der Wind weht auch nicht immer. Das zwingt dazu, die Energie, die in diesen Zeiten gebraucht wird, irgendwo vorrätig zu halten. Dafür gibt es jedoch noch gar keine bezahlbaren großtechnischen Lösungen, so die Stromlobby. Und die Entwicklungskosten sind (wieder einmal) immens hoch. Eine Versorgung mit 100 Prozent erneuerbaren Energien, das soll uns diese Botschaft wohl sagen, ist zu vernünftigen Preisen nicht zu haben.

Tatsächlich? Interessanterweise werden die angesprochenen Probleme immer isoliert voneinander betrachtet. So muss die komplette Stromversorgung für große Teile Deutschlands über längere Zeiträume zwischengelagert werden können oder der Stromverbrauch Bayerns von den Offshore-Windparks in der Nord- und Ostsee herangeschafft werden. Damit redet man aber die

Probleme groß. Eine wesentliche Eigenschaft der erneuerbaren Energiequellen ist ja gerade ihre Dezentralität. Wenn an der Nordseeküste Windparks entstehen, bedeutet das natürlich nicht, dass in Baden Württemberg keine gebaut werden sollten. Auch im Süden der Republik gibt es ertragreiche Standorte und der Windkraftbranche ist es in den letzten Jahren zunehmend gelungen, geringere Windstärken effizient zu nutzen.

Strom dezentral erzeugen, speichern und einsparen

Richtig gerechnet ist Windstrom auch im Binnenland preiswerter als Atomstrom. Kleine Speicher in der Region ergänzen die Stromerzeugung vor Ort. Sie sind billiger und technisch einfacher als Großspeicher. Wenn eine Region sich mit einem Mix aus verschiedenen alternativen Energiequellen weitgehend selbst versorgt und die dabei anfallenden Überschüsse in lokalen Speichern vorrätig hält, wird Strom aus anderen Regionen seltener, in geringerer Menge und mit kleineren Leistungen gebraucht. Das reduziert die Anforderungen an das Stromnetz erheblich.

Und noch etwas bleibt bei den üblichen Betrachtungen unberücksichtigt: Energieeinsparungen. Alle Szenarien, die den Wechsel zu Erneuerbaren Energien untersuchen, fordern einen verantwortungsvollen Umgang mit Strom. Eingesparter Strom muss aber weder produziert noch transportiert oder gespeichert werden.

Trotzdem wird auf dem Strommarkt ein Unterschied zwischen dem fluktuierenden Angebot aus regenerativen Stromquellen und dem Bedarf der Verbraucher verbleiben. Diese Lücke läßt sich mit flexiblen Stromtarifen verkleinern. Wird viel Strom erzeugt, so könnte er den Verbrauchern entsprechend preiswert angeboten werden, verringert sich die Stromproduktion, so würde er teurer. Auf diese Preisänderungen kann der Stromkunde reagieren, indem er beispielsweise bei hohen Strompreisen Verbraucher vom Netz nimmt und sie bei niedrigeren wieder zuschaltet, ein Vorgang, der sich leicht automatisieren lässt. Zudem erhöhen flexible Stromtarife den Anreiz in Speichertechnologien zu investieren. Im einfachsten Fall ließe sich beispielsweise die Kältespeicherfähigkeit von Kühlschränken verbessern, so dass sie in Zeiten hoher Strompreise länger abgeschaltet bleiben können.

Der Ausbau der Stromnetze ist sicherlich notwendig und die Entwicklung preiswerter Stromspeicher muss forciert werden. Aber die Dinge müssen im Zusammenhang betrachtet werden. Interessengeleitete, einseitige Betrachtungen helfen nur den vier großen Energiekonzernen bei der Profitmaximierung mit Durchleitungsgebühren. Die dezentralen Erneuerbaren Energien dagegen benötigen einen intelligenteren Ansatz. Erst wenn man den Ausbau der Stromnetze und die Stromspeicherung im Verbund mit Stromsparanstrengungen und flexiblen Tarifen sieht, ergibt sich ein schlüssiges Gesamtbild.

Werner Brinker, Darmstadt